

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: OPEC - USA - Seerecht - Polen -
Entwicklungsländer-Steuer-gesetz**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: OPEC - USA - Seerecht - Polen - Entwicklungsländer-Steuer-gesetz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 9, pp. 421-422

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135596>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

OPEC

Noch nicht am Ende

Der erneute Anlauf der OPEC, zu einer einheitlichen Preispolitik zurückzukehren, ist gescheitert. Die Länder, die zum ersten Mal über Preissenkungen diskutierten, konnten sich trotz vorbereitender Konsultationen nicht auf einen gemeinsamen Referenzpreis einigen – obwohl sie am Ende nur noch ein Dollar trennte. Der Fehlschlag ist um so bemerkenswerter, als die Anbieter der früher gefragtesten Sorten gerade die bittere Erfahrung machen, daß sie den Markt nicht außer acht lassen können: Die rückläufige Nachfrage hat die Preisaufschläge merklich schrumpfen lassen.

Sinkende Ölpreise und wieder deutlich gewordene Differenzen innerhalb der Gruppe sollten allerdings nicht schon als der Anfang vom Ende der OPEC interpretiert werden. Trotz aller Gegensätze ist das Interesse an langfristig steigenden Ölpreisen ein alle Mitgliedsländer verbindendes Ziel. Zwar ist offensichtlich die stagnierende Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern für den dominierenden Ölexporteur Saudi-Arabien gegenwärtig die größere Sorge; deshalb strebt seine Regierung stabile Ölpreise in diesem und dem nächsten Jahr an. Bei anziehender Ölnachfrage wird aber Saudi-Arabien später auch wieder dafür sorgen, daß die Preise erneut heraufgesetzt werden können. Denn dem Land ist weiterhin daran gelegen, eine OPEC-Langzeitstrategie steigender realer Ölpreise durchzusetzen. Durch die Orientierung am Wirtschaftswachstum der Importländer als Maß ihrer Zahlungsfähigkeit soll lediglich vermieden werden, daß beträchtliche Ölreserven im Boden bleiben müssen, weil sie nicht mehr gebraucht werden. ma

richtet. Insgesamt aber verlief seit der Wahl Ronald Reagans die Wirtschaftsentwicklung in den USA günstiger, als im Herbst letzten Jahres allgemein prognostiziert worden war. Möglicherweise spielte dabei der „Reagan-Bonus“ eine Rolle. Ob indes der „neuen“ Wirtschaftspolitik auf mittlere Sicht Erfolg beschieden sein wird, ist nach wie vor fraglich.

Bisher konnte Reagan entscheidende Punkte seines Wirtschaftsprogramms – nämlich spürbare Kürzungen des Budgets auf der Ausgabenseite sowie umfangreiche Steuererleichterungen – weitgehend durchsetzen. Diese Maßnahmen sollen dem Wirtschaftswachstum neue Impulse geben und dabei über produktivitätssteigernde Investitionen zugleich dem Kosten- und Preisaufrtrieb entgegenwirken. Die Budgetplanungen scheinen jedoch auf zu optimistischen Annahmen über Wachstum, Preise und Zinsen in den kommenden Jahren zu beruhen. Schon jetzt muß daher befürchtet werden, daß der vorgesehene Abbau der Haushaltsdefizite bis 1984 nicht ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen möglich ist.

Risiken für die künftige Konjunktorentwicklung in den USA liegen nicht zuletzt in diesen finanzpolitischen Unsicherheiten. Bereits die Erwartung, daß die geplanten Budgetdefizite überschritten werden und davon ungünstige Wirkungen auf Inflation und Zinsen ausgehen, könnte das Vertrauen in die neue Wirtschaftspolitik unterhöhlen. Dies würde wahrscheinlich eine Dämpfung der Konsum- und Investitionsneigung nach sich ziehen und damit die Chancen für eine Wiederbelebung der Wirtschaft verschlechtern. jh

Seerecht

Damoklesschwert oder Seziermesser?

Auch während der zweiten Hälfte ihrer 10. Session stand die UN-Seerechts-Konferenz im Zeichen der Lähmung, die die Reagan-Administration mit ihrem überraschenden Rückzug aus den laufenden Verhandlungen ausgelöst hatte. Die Bedenkzeit der Amerikaner degradierte die Genfer Herbsttagung zu einer reinen Pflicht- und Geduldsübung. Die erzielte Einigung über den Standort des Seegerichtshofs (Hamburg) und der

USA

Kann Reagan durchhalten?

Nachdem das reale Bruttosozialprodukt der USA im ersten Quartal noch kräftig gestiegen war, ging es im zweiten mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 2,4 % zurück, und die Tendenz ist weiter abwärtsge-

UN-Meereshodenbehörde (Kingstown) sowie die Aufwertung des bisher als „informal“ behandelten Konventionentwurfs können nicht darüber hinwegtäuschen, daß keine substantiellen Fortschritte erzielt wurden. Als Zweckoptimismus ist die Ankündigung des Konferenzkalenders zu interpretieren, die neue Konvention werde im September 1982 in Caracas unterzeichnet. Zwar werden die USA im Spätherbst ihre Karten aufdecken und damit allen Gelegenheit zur Vorbereitung auf die 11. Session geben. Jedoch dürften es die Amerikaner kaum bei einer sprachlichen Überarbeitung des Textes bewenden lassen, da sie inzwischen gespürt haben, mit welcher Erleichterung zahlreiche Delegationen, unter ihnen auch die bundesdeutsche, die amerikanische Verweigerung aufgenommen haben und wie diese nun ihre alte Kritik wieder aufwärmen.

Die entscheidende Frage ist, ob das über der Konferenz schwebende amerikanische Damoklesschwert niedersaust und einen Trümmerhaufen hinterläßt oder ob die USA lediglich das Seziersmesser ansetzen, um insbesondere die böartige, weil dirigistische Geschwulst der Tiefseebergbauregelung auszumerzen. Vielleicht erlebt der Vorschlag der Abkopplung dieser Materie als ultima ratio doch noch eine Renaissance. Die Entlastung um dieses für die Konferenz schier unverdauliche Problem hätte möglicherweise schon vor Jahren zu einer wohltuenden Abmagerungskur werden können. bo

Polen**IWF-Beitritt?**

Immer drängender werden in jüngster Zeit die Forderungen westlicher Industriestaaten an die Regierung Polens, sich um die Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds zu bewerben. Hintergrund dieser Forderungen ist die weitere beängstigende Verschlechterung der Verschuldungssituation des Landes. Ein Zeichen dafür sind die momentan stattfindenden Umschuldungsverhandlungen Polens mit westlichen Banken, die allerdings nur die in diesem Jahr fälligen Zahlungen von ca. 2,4 Mrd. Dollar zum Gegenstand haben, während die insgesamt ausstehende Schuld Polens an den Westen sich nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf 27 Mrd. Dollar belaufen dürfte. Eine Mitgliedschaft Polens im IWF würde nicht nur die bereits bestehenden Risiken für einzelne Gläubigerstaaten verringern, sondern auch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, daß westliche Banken sich in Zukunft

überhaupt noch zu einer weiteren Kreditvergabe an Polen bereit finden.

Die polnische Regierung scheint im Prinzip geneigt, diesen Forderungen nachzugeben. Polen wäre dann nach Jugoslawien und Rumänien das dritte Ostblockland im IWF. Zu bedenken ist aus polnischer Sicht jedoch, daß dieser Schritt mit einschneidenden Eingriffen von außen in die polnische Wirtschaftspolitik verbunden wäre, die von einer völligen Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse bis zu der Vorgabe möglicherweise sehr restriktiver wirtschaftspolitischer Auflagen im Falle einer Kreditbewilligung reichen. Das Zögern der polnischen Regierung ist somit, gerade auch in Anbetracht der Erfahrungen einiger anderer Schuldnerländer mit der Politik des Fonds, verständlich. re

Entwicklungsländer-Steuergesetz**Überraschender Sinneswandel**

Die Bonner Sparbeschlüsse haben auch vor der Entwicklungshilfe nicht haltgemacht; das Entwicklungsländer-Steuergesetz, nach dem für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern steuerfreie Rücklagen gebildet werden können, fällt dem Rotstift zum Opfer. Begründung: Diese steuerliche Vergünstigung werde vor allem bei Investitionen in Schwellenländern in Anspruch genommen. Eine Abschaffung dieser Regelung lasse keine negativen Wirkungen auf die Anlagetätigkeit deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern erwarten.

In der Tat war die entwicklungspolitische Effizienz des Gesetzes von Fachleuten seit langer Zeit in Zweifel gezogen worden. Anstatt zusätzliche Investitionen in Entwicklungsländern anzuregen, so argumentierten sie, begünstige es lediglich solche Unternehmen, die ohnehin in der Dritten Welt investiert hätten. Allerdings hatte man den Warnungen vor derlei „Mitnahmeeffekten“ bisher im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit keinen Glauben geschenkt, sondern das Gesetz noch in jüngerer Zeit als wichtiges Instrument zur Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in Entwicklungsländern gepriesen. Insofern kommt der Sinneswandel etwas überraschend; dies um so mehr, wenn man bedenkt, daß die durch die Streichung des Gesetzes eingesparten Mittel sich verhältnismäßig bescheiden ausnehmen. Ein klärendes Wort scheint daher im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung gegenüber den Entwicklungsländern dringend angebracht. mk